



Marktbericht
September 2019



DIE WELTWIRTSCHAFT

■ Rund um den Globus: Düstere Aussichten für die Wirtschaft

Im erbitterten Handelskonflikt zwischen den USA und China haben beide Parteien plötzlich sanftere Signale gegeben. So will die US-Regierung die für Anfang Oktober angekündigte Anhebung der Strafzölle auf chinesische Importe im Umfang von 250 Milliarden US-Dollar um zwei Wochen auf Mitte Oktober verschieben. Als eine "Geste des guten Willens" kündigte US-Präsident Donald Trump dies auf Twitter an. Die Volksrepublik China feiert am 1. Oktober ihr 70-jähriges Bestehen und so sei vereinbart worden, die geplante Anhebung der Zölle für diese Tranche vom 1. auf den 15. Oktober zu verschieben.

China hatte seinerseits eine Liste von US-Produkten vorgelegt, die von Strafzöllen ausgenommen werden sollen. Hier sind 16 Arten von Produkten, wie einige Medikamente, medizinische Ausrüstung und Chemikalien, aufgeführt. Das Ministerium machte keine Angaben über das Volumen der Produkte.

Bundeskanzlerin Merkel verließ auf ihrem China-Besuch der Hoffnung Ausdruck, dass der Handelskrieg der USA mit China bald beendet sein möge. Weniger zimperlich sind die Äußerungen der Federal Reserve (Fed). Die amerikanischen Notenbanker beziffern den Schaden auf 850 Mrd. USD, den die USA global durch Nichtachtung internationaler Vertragswerke verursacht haben. In Europa beziffert man den Schaden, den die USA bisher ausgelöst haben, auf 0,5 Prozent des globalen BIP.

Aktuell wächst die Weltwirtschaft so langsam wie seit der Finanzkrise nicht mehr und die OECD sieht in ihrer aktualisierten Wachstumsprognose für dieses Jahr ein Wachstum von 2,9 Prozent und für 2020 dann 3,0 Prozent.

Neben den Turbulenzen am Ölmarkt trübten außerdem die schwachen Konjunkturdaten aus China die Stimmung. Die Industrieproduktion fiel im August, der Einzelhandelsumsatz und die Investitionen in Sachanlagen enttäuschten und für viele Marktexperten ist dies ein eindeutiges Zeichen, dass die chinesische Wirtschaft stark unter dem Handelskrieg mit den USA und strukturellen Problemen leidet.



US-Präsident Trump nutzte die Gelegenheit in eigener Sache und erneuert angesichts steigender Ölpreise die Kritik an der US-Notenbank und setzte die Fed wegen der jüngsten Preissprünge am Ölmarkt unter Druck, die Zinsen zu senken. Dies scheinbar mit Erfolg, denn zum zweiten Mal binnen weniger Wochen hat die Fed den Leitzins gesenkt. Die Rücknahme um einen Viertelpunkt reichte dem US-Präsidenten natürlich nicht aus, wie er auf Twitter auch deutlich kommunizierte. Begründet wurde die Absenkung mit Sorgen um die nachgebende Weltkonjunktur und dem geringen Inflationsdruck. Die Börsen reagierten hingegen kaum auf die US-Zinssenkung.

Derzeit stellt sich für die Analysten die Frage, wann der Weltwirtschaft die Puste ausgeht und wie stark die geopolitischen Themen wie Handelskonflikt oder Brexit die Weltkonjunktur beeinträchtigen werden. Die Analysten rechnen mit einer Abschwächung der Wachstumsdynamik und gehen von einer tendenziellen Seitwärtsbewegung der Rohstoffpreise aus, denn auch hier macht der Handelskonflikt keinen Halt.

■ Ölpreis-Schock

Drohnen-Angriffe auf die wichtigste Öltraffinerie Saudi-Arabiens haben zum Auftakt der Berichtszeit die Anleger an den Börsen verunsichert und die politischen Spannungen im Nahen Osten scheinen sich weiter zu verschärfen. Die beiden wichtigsten Ölsorten der Welt kosten rund zehn Prozent mehr als noch vor dem Angriff.

Nach den Angriffen deckten sich Anleger panikartig mit Rohöl ein, da Furcht vor Lieferausfällen bestand. Der Effekt dieses Angriffs blieb aber am Ende überschaubar und der Ölpreis normalisierte sich relativ schnell. Der große Ölexporteur Saudi-Arabien hat inzwischen wohl die Kapazität von 11,3 Mio. Barrel pro Tag von vor dem Angriff auf seine größte Raffinerie Mitte September wieder hergestellt, berichten Nachrichtenagenturen.

Der saudische Kronprinz Bin Salman hat die internationale Gemeinschaft zum Monatsende vor einer weiteren Eskalation im Konflikt mit dem Iran gewarnt und gesagt, dass der Ölpreis enorm steigen könnte, wenn die Welt keine starken und entschlossenen Maßnahmen ergreift, um den Iran abzuschrecken. Es müssten von daher Maßnahmen ergriffen werden, um unmittelbare Sorgen einer Eskalation im Nahen Osten zu vermeiden. Zuletzt haben die Ölpreise nach einem Bericht über einen möglichen Waffenstillstand im Jemen deutlich nachgegeben. Saudi-Arabien soll in vier Gebieten einem Waffenstillstand zugestimmt haben.



EUROPA

■ Markterwartungen von europäischer Notenbank enttäuscht

Die Währungshüter setzten am 12.09.19 den Zinssatz für Einlagen der Banken bei der Notenbank von bisher minus 0,4 auf nun minus 0,5 Prozent. Diesen Satz müssen Finanzinstitute zahlen, wenn sie bei der Zentralbank Geld parken. Die Verbraucherschützer befürchten, dass Banken dies zum Anlass nehmen, jetzt auch Sparer mit Strafzinsen zur Kasse zu bitten, was vielerorts bereits angekündigt wurde.

Ebenfalls wird das Anleihekaufprogramm wieder aufgenommen und ab dem 01.11.2019 wird die EZB für monatlich 20 Milliarden Euro Anleihen erwerben. Ein genaues Ende der Käufe legte der EZB-Rat, wie bei dem vorherigen Kaufprogramm, zunächst nicht fest.

Somit hat EZB-Präsident Mario Draghi zum Ende seiner Amtszeit erwartungsgemäß die ultralockere Geldpolitik nochmals verschärft. Für Sparer wird es wohl auf absehbare Zeit keine Sparzinsen geben. Im Gegenteil, wahrscheinlich geben Geldinstitute die Kosten für die EZB-Strafzinsen künftig an einen größeren Kundenkreis weiter.

US-Präsident Trump twitterte umgehend nach dem Entscheid auch seine Meinung dazu und attackierte, wie schon mehrfach zuvor, die amerikanischen Währungshüter der Federal Reserve: „Die Fed sitzt, und sitzt, und sitzt, und sitzt.“ Die Europäer würden „dafür bezahlt“, Geld zu leihen.

■ Fortsetzung der Brexit-Gespräche

Die Zeit ist knapp. Vor dem für den Brexit entscheidenden EU-Gipfel am 17. und 18.10.19 zeichnet sich immer mehr ab, dass die neuen Vorschläge vom britischen Premierminister Johnson nicht ausreichen, um noch vor dem geplanten EU-Austritt am 31.10.19 eine Einigung zu erzielen. Zuletzt hatte Boris Johnson versucht, in einer Reihe von Telefongesprächen EU-Regierungschefs von seinen jüngsten Vorschlägen zu überzeugen. Doch für die EU-Kommission stellen Johnsons Vorschläge keine Grundlage für eine Einigung dar.

Die künftige Ausgestaltung der Grenze zwischen dem EU-Mitglied Irland und der britischen Provinz Nordirland ist der größte Streitpunkt.



Die "Backstop" genannte Notfalllösung sieht vor, dass die Grenze nach dem Brexit durchlässig bleiben soll, bis eine endgültige Regelung gefunden wird. Allerdings soll Nordirland bis dahin Teil des EU-Binnenmarktes bleiben. Johnson und die Mehrheit des Parlamentes in London lehnen dies ab.

Derzeit sieht es so aus, als würde es bis Ende Oktober keinen Deal geben. Für diesen Fall rechnet man in Brüssel mit einem Verlängerungsantrag und somit einen weiteren Aufschub für die Briten. Boris Johnson sperrt sich wohl auch nicht mehr gegen diese Lösung. Somit wird es beim Gipfel im Oktober mehr um eine Verlängerung als um konkrete Lösungen gehen.

Derzeit scheint es einen unendlichen Brexit zu geben, über dessen Konditionen die Europäer nun schon seit mehr als drei Jahren verhandeln, ohne dass Industrie und Unternehmen wüssten, was auf sie zukommt.

DEUTSCHLAND

■ Ist Deutschland Investitionsmüde?

Die Kanzlerin und ihr Finanzminister haben zuletzt wieder betont, an der „schwarzen Null“ festzuhalten und netto keine neuen Schulden aufzunehmen. Die Meinungen dazu sind gespalten, auch vor dem Hintergrund des verabschiedeten Klimapakets. Viele sagen, dass man nicht beim erstbesten Anlass wieder damit anfangen sollte, neue Schulden zu machen. Andere sehen insbesondere aufgrund der Zinslage eine gute Zeit, die Ausgaben für Investitionen zu erhöhen und Schulden zu machen.

Der Druck auf die deutsche Regierung, wieder mehr Schulden zu machen, nimmt auch von internationaler Seite zu. Der Internationale Währungsfonds (IWF) appelliert jüngst erneut an Berlin, eine expansivere Fiskalpolitik zu betreiben und nicht auf eine Wirtschaftskrise zu warten, sondern schon jetzt die öffentlichen Investitionen zu erhöhen. So wird explizit die Infrastruktur, Digitalisierung und die Erwerbstätigkeit von Frauen als mögliche Felder benannt, auf denen der deutsche Staat nun sinnvoll mehr Geld ausgeben könnte, um seine langfristigen Möglichkeiten zu verbessern.

Deutschland schaffte es in diesem Jahr erstmals seit 2002 wieder, den Gesamtschuldenstand unter die im Maastricht-Vertrag erlaubte Grenze von 60 Prozent der Wirtschaftsleistung zu drücken.



Der Haushaltsentwurf, den Finanzminister Scholz vorstellte, sieht Ausgaben von 359,9 Milliarden Euro für das nächste Jahr vor, was einem Anstieg um 1 Prozent gegenüber diesem Jahr entspricht.

Endgültig beschlossen wird das Budget Ende November und nach der mittelfristigen Finanzplanung sollen die Ausgaben des Bundes bis 2023 auf 375,7 Milliarden Euro weiter steigen - ohne neue Schulden. Dazu will die Regierung die in den vergangenen Jahren gebildeten Reserven nutzen.

■ Stimmungslage? Im Keller!

Die Stimmung der deutschen Unternehmer ist im Keller. Zu viele Faktoren belasten: Brexit, Chinas Wirtschaftsschwäche, Handelskonflikt, deutsche Exporterwartungen.

Die Aussichten für eine baldige Belebung der deutschen Konjunktur schwinden weiter. Vielmehr zeigen die Daumen der deutschen Industrieländer nach unten. Dem Ifo-Index nach haben sich die Erwartungen für die kommenden Monate weiter eingetrübt. Der Einkaufsmanagerindex für die Industrie ist im September auf den tiefsten Stand seit 2009 gefallen.

Deutschlands führende Wirtschaftsforscher erstellen im Auftrag der Bundesregierung das Herbstgutachten. Die neueste Prognose sieht kaum mehr als magere 0,5 Prozent Wachstum. In ihrer gemeinsamen Frühjahrsprognose rechneten die Wirtschaftsforschungsinstitute DIW, ifo, IfW Kiel, IWH und RWI noch mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0,8 Prozent im Jahr 2019. Weite Teile der Industrie stecken in der Rezession und noch scheint sich der Dienstleistungssektor dem Abwärtssog entziehen zu können. In der Gemeinschaftsdiagnose senken die Konjunkturforscher auch für das Jahr 2020 ihre Prognose auf 1,1 Prozent, nach noch 1,8 Prozent im Frühjahr.



NE-METALLE

ALUMINIUM

■ Versorgungssituation im Fokus

Die vorsichtige Annäherung zwischen China und den USA im Handelsstreit sorgte für einen kurzen Zeitraum für steigende Kurse und konnte auch die Metalle nach oben ziehen. Auch die Aluminiumpreise haben sich im September 2019 zeitweise verbessern können. Dies drückte sich in einem gestiegenen Preis bis auf 1.823 USD am 11.09.19 aus. Am 17.09.19 fielen die Notierungen wieder unter die 1.800 USD-Marke und zum Monatsende schwächten sich die Notierungen deutlich ab. Der September schloss mit 1.722,50 USD, schwächer als noch zu Monatsbeginn, als der Start bei 1.745,50 USD lag.

Aluminium hat in der aktuellen Klimadebatte einen zweischneidigen Ruf, da der Energiebedarf zur Herstellung von Primäraluminium extrem hoch ist. Eine Folge davon könnte sein, das Aluminiumrecycling weiter auszubauen, was dann weltweit an Bedeutung gewinnen würde. Dadurch könnte die Verfügbarkeit des Materials steigen und hochschießende Preise weniger wahrscheinlich werden.

Gegenwärtig ist die Versorgungssituation an der London Metal Exchange (LME) ein wenig entspannter geworden. Am 02.09.19 startete der Monat mit 919.050 t und bis zum 23.09.19 reduzierten sich diese bis auf 895.625 t. Am 30.09.19 konnten 927.475 t erreicht werden. Gebremst werden die Preise auch von diesem erneuten Anstieg der Bestände in London.

An der LME wird derzeit so wenig Aluminium abgerufen wie zuletzt Mitte 2018. Unter dem Strich fließt sogar Material in die LME-Lagerhäuser hinein, denn innerhalb von zwei Wochen wurden die Vorräte um rund 70.000 t bzw. knapp 8 Prozent aufgestockt. Dies liegt zum einen an der aktuell schwachen Nachfrage und zum anderen trägt die Terminkurve hierzu bei, die von Mitte Dezember bis Mitte Januar in Backwardation ist und die Einlieferung von Material in die Lagerhäuser begünstigt.

Das fundamentale Bild für Aluminium hat sich weiter eingetrübt. Es fehlten sowohl angebots- als auch nachfrageseitig starke Impulse für nachhaltige Preistrends. So scheint eine volatile Seitwärtsbewegung wahrscheinlich und es gibt wenig Spielraum für höhere Preise.



KUPFER

■ Gestiegene Risikoaversion belastet den Markt

Das konjunktursensitive Industriemetal Kupfer wurde auch während dieser Berichtszeit belastet. Das als Frühindikator für wirtschaftliche Wachstumstrends bekannte Basismetall Kupfer fiel Anfang September auf den tiefsten Stand seit Mai 2017. Aufgrund der schwachen Konjunkturdaten aus den USA, die den Kupferpreis auf ein Zweijahrestief von 5.562 USD (04.09.) getrieben hatten, erholten sich die Notierungen wieder. Die Entschärfung des USA-China Handelskonflikts kam dem Kupferpreis zugute, denn dieser konnte am 13.09.19 bei 5.896 ein aktuelles Sechswochenhoch erreichen und dieses drei Tage darauf mit 5.907,50 USD sogar verbessern. Zum Ende der Berichtszeit verlor der Kupferpreis in den letzten Handelstagen. Mit 5.762 USD schloss dann der Berichtsmonat.

Die International Copper Study Group gab in ihrem jüngsten Monatsbericht bekannt, dass der globale Kupfermarkt im Juni 2019 ein Defizit von 21.000 Tonnen aufgewiesen habe. Im Vormonat stand hier noch ein Defizit von 21.000 Tonnen.

Die Bestände in den lizenzierten Lägern der LME waren deutlich von einer Abwärtsbewegung gekennzeichnet. Nach 335.850 t zu Monatsbeginn reduzierten sich diese bis zum 30.09.19 bis auf 264.425 t, d. h. um mehr als 71.000 t.

Die Abschwächung der weltwirtschaftlichen Dynamik habe sich in den vergangenen Wochen hingegen nicht weiter verstärkt. Trotzdem sank der entsprechende ISM-Index im September auf 47,8 Punkte – der niedrigste Wert seit mehr als einem Jahrzehnt, während der Einkaufsmanagerindex für die Eurozone im selben Zeitraum ein knappes Siebenjahrestief erreichte.

Die Daten suggerieren, dass die Kupfernachfrage schwach bleibt. Das rote Metall hat seit Beginn des Handelskonflikts zwischen den USA und China im Juni vergangenen Jahres bereits mehr als 20 Prozent verloren. Im Zuge der gesunkenen Risikobereitschaft an den Märkten könnte der Kupferpreis demnächst weiter zurückfallen. Auf der anderen Seite könnten von China Marktimpulse kommen, denn die chinesische Zentralbank teilte mit, dass man künftig einen deutlichen Rückgang bei den Zinsen erwarte, um das Wachstum zu unterstützen.



NICKEL

■ Nickelpreis konnte sich stabilisieren

Nickel stieg innerhalb von 3 Monaten um über 50 Prozent und erreichte ein neues 5-Jahreshoch am 11.09.19 mit 18.185 USD. Auch im Vergleich zu anderen Industriemetallen ist ein kräftiger Anstieg bemerkbar, denn nur Nickel konnte seit Jahresbeginn rund 67 Prozent zulegen. Grund für den enormen Preisanstieg dürfte die Bekanntmachung der indonesischen Regierung, den Exportstopp von Nickelerz zwei Jahre vorzuziehen, gewesen sein. Damit würde dieser schon zum 1. Januar 2020 in Kraft treten.

Nachdem Indonesien den Markt mit einem Exportverbot geschockt hatte, kam es nun zu einer Marktberuhigung. Diese wird auch begünstigt vom Anstieg der Nickelbestände seit August. Die Notierungen fielen dennoch bis auf 17.120 USD am 18.09.19 und gaben sogar bis auf 17.030 USD am 25.09.19 nach.

Die Entwicklung der Vorräte der LME-Bestände war uneinheitlich. Nach 152.604 t am 02.09.19 kletterten diese bis auf den Monatshöchstbestand am 13.09.19 mit 166.680 t. Zum Ende der Berichtsperiode konnte dann bis auf 157.986 t aufgebaut werden.

Die Importe von Nickelerz aus Indonesien nach China wurden zuletzt um gut ein Viertel gesteigert. Die höheren Importe unterstreichen die Sorgen der verarbeitenden Unternehmen deutlich, dass es mit dem kommenden Exportverbot von unverarbeiteten Rohstoffen zu Engpässen kommen könnte.

Auch zum Berichtsmonatsende zeigt sich Nickel etwas fester. Die jüngsten Konjunkturdaten aus China fielen stärker aus als erwartet, trotzdem plant Peking offenbar weitere stimulierende Maßnahmen, die den NE-Metallen neuen Schwung geben könnten. Derzeit deutet nichts darauf hin, dass das produzierende Gewerbe in China wieder expandiert und somit dürfte die Metallnachfrage auch weiterhin schwach bleiben.

Ein weiteres wichtiges Thema bei Nickel ist die Nachfrage aus der Elektroautoindustrie. Nach Schätzung des russischen Unternehmens Nor Nickel, einem der größten Nickelproduzenten weltweit, könnten in Zukunft zwischen 30 und 110 Kilogramm Nickel in jedem Elektroauto verbaut werden.



Somit würde die Nachfrage nach dem Metall enorm steigen, was jedoch nicht gleichzeitig bedeutet, dass der Nickelpreis dadurch unbedingt gleichermaßen steigen oder hoch bleiben werde. Denn wo viel Nachfrage ist, wird mit Hochdruck daran gearbeitet, diese zu bedienen. Produzenten erhöhen schon jetzt ihre Investitionen und steigern ihre Förderkapazität, um für die Zukunft gerüstet zu sein.

ZINK

■ Uneinheitliches Preisbild zeichnet den September

Auf die jüngsten Daten der International Lead and Zinc Study Group (ILZSG) zeigte der Zinkpreis kaum eine Reaktion. Die Expertengruppe sieht für Juli 2019 zwar einen Marktausgleich, aber deutlich anders stellt sich die Lage am globalen Zinkmarkt für die ersten sieben Monate des Jahres dar. Die ILZSG hat für diesen Zeitraum ein Angebotsdefizit von 106.000 Tonnen ermittelt. Da aufgrund der niedrigen Preise die Nachfrage scheinbar wieder etwas anzieht, dürfte das Defizit für den Rest des Jahres bestehen bleiben. Darüber hinaus sinken die Weltvorräte seit März 2019 weiter kontinuierlich auf 285.000 Tonnen im September.

Die LME-Bestände in den Lagern der Londoner Metallbörse zeigen eine ausreichende Verfügbarkeit. Zwar reduzierten sie sich um rund 5.000 t von 66.975 t (02.09.) auf 61.950 t (16.09.), doch bis zum 27.09.19 konnte wieder über 67.750 t verfügt werden.

Das Zusammenspiel zwischen physischem Angebot und Nachfrage bestimmt den Zinkpreis, wobei kurzzeitig auch andere Variablen wie z.B. Marktstimmung oder Positionierung spekulativ orientierter Marktteilnehmer einen Einfluss haben. Ein sinkendes Angebot bei gleichzeitig steigender Nachfrage, so sieht das Bild derzeit bei dem Industriemetall aus.

Das Preisbild präsentiert sich uneinheitlich in einer relativ engen Range. Die niedrigste Notierung wurde am 03.09.19 mit 2.203,50 USD erreicht; der Höchststand am 16.09.19 mit 2.392 USD. Das uneinheitliche Bild wird von den Marktbeobachtern auf die unklare Gesamtsituation der globalen wirtschaftlichen Lage zurückgeführt. Solange es keine stabilen Anker gibt, wird das Bild volatil bleiben.

Die Produktionskapazitäten reichen derzeit noch aus, die steigende globale Nachfrage nach Zink zu bedienen.



Doch die schon seit längerer Zeit relativ niedrigen Rohstoffpreise haben jedoch Bremsspuren bei der Investitionstätigkeit hinterlassen. Dies dürfte sich perspektivisch negativ auf die Angebotsentwicklung auswirken.

Marktexterten erwarten eine Stabilisierung der Preise im Laufe des vierten Quartals, da der Aufwertungsdruck durch Produktionsausfälle außerhalb Chinas und sinkende Lagerbestände, vom stärkeren US-Dollar kompensiert werden, der auch die chinesische Nachfrage einschränkt.



IMPRESSUM

Herausgeber:

Müller & Sohn GmbH & Co. KG
Metall-Aufbereitungswerk
Harkortstraße 22
D-45549 Sprockhövel-Haßlinghausen

Telefon: +49 (0)2339-605-5
Fax: +49 (0)2339-605-888-88
E-Mail: info@aluminiumonline.de
Internet: www.aluminiumonline.de

Redaktionsleitung: Matthias Kämper
(V.i.s.d.P.) Rainer Kämper

Redakteurin: Petra Reuther

Schriftleitung: Michael Obst

Erscheinungstermin: Monatlich

Rechtliche Hinweise:

Die Marktinformation und alle in ihr enthaltenen Beiträge, Abbildungen und Charts sind urheberrechtlich geschützt. Eine Verwertung, wie Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie die Einspeicherung in elektronischen Systemen, ist nur für eigene Zwecke statthaft. Eine Bearbeitung oder Änderung ohne unsere Zustimmung ist unzulässig und strafbar.

Müller & Sohn übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit der in diesem Marktbericht mitgeteilten Informationen und haftet nicht für abgeleitete Folgen.

Müller & Sohn GmbH & Co. KG
Metall-Aufbereitungswerk

Rechtsform:
GmbH & Co. KG

Postfach 92 22 49
D-45543 Sprockhövel-Haßlinghausen

Sitz der Gesellschaft: Sprockhövel
Amtsgericht Essen, HRA 8543
Steuernummer: 323/5819/0278
USt-ID-Nr.: DE 247 385 649

Harkortstraße 22
D-45549 Sprockhövel-Haßlinghausen

Telefon +49 [0] 2339-605-5

Persönlich haftende Gesellschafterin:

Fax +49 [0] 2339-605-888-88

Müller & Sohn Geschäftsführungsgesellschaft mbH

E-Mail info@AluminiumOnline.de

Sitz der Gesellschaft: Sprockhövel

Web www.AluminiumOnline.de

Geschäftsführer: Rainer Kämper, Matthias Kämper
Amtsgericht Essen, HRB 20164



MÜLLER & SOHN

